

gehnte zahlloser Arbeit zurückzuführen, spreche ich Ihnen auch in Erinnerung aller Beziehungen zu meinen heimgegangenen Eltern meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Möge Gott Ihnen noch lange die Fülle des Geistes und des Körpers erhalten, welche durch ein kampfreiches Leben hindurch zu bewahren Ihnen beizubringen gewesen ist. Bülow."

Aus dem Lebensgange Stöckers sei folgendes hervorgehoben: Die öffentliche Tätigkeit Stöckers begann in den siebziger Jahren mit der Gründung der damaligen christlich-sozialen Arbeiterpartei. Sein Ziel war, die Arbeiter der Sozialdemokratie und dem Unglauben zu entreißen, indem er ihnen die Ueberzeugung beizubringen suchte, daß nur der monarchische, auf dem Boden des Christentums gegründete Staat soziale Reformen herbeiführen imstande sei. Er scheute sich nicht, auch sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen und ihren Besuchen die Zustimmung darzubieten, auf denen die Lehren der Sozialdemokratie beruhten. Der Ernst und die Vollständigkeit seiner Sprache führten ihm bald Anhänger zu, und schon im Jahre 1878 konnte er in den bekannten Versammlungen, die er in Berlin im „Groschenhof“ und in der „Tonhalle“ veranstaltete, einen großen Kreis begeisterter Anhänger um sich versammeln. In das parlamentarische Leben trat Stöcker im Jahre 1879 ein, als er zum erstenmal im Wahlkreis Viefelsfeld-Ballerodorf zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses gewählt wurde. Hier schloß er sich der konservativen Partei an, und diese erkannte bald, ein wie wertvolles Mitglied sie in ihm erworben hatte. Schon damals mußte seine Vielseitigkeit auffallen und die Sachkunde, mit der er in seinen Reden auch die feinsten amtlichen Tätigkeiten fernliegenden Gegenstände zu behandeln wußte. Seine Haupttätigkeit entfaltete er freilich in jenen Jahren als *Politiker*, und auf diesem Gebiete hat er damals auch die hervorragenden Erfolge erzielt. Er gilt als der Vater der jetzigen Bewegung, die zuerst im Jahre 1881 unter konservativer Führung die Reichshauptstadt dem Einflusse der bürgerlichen Demokratie und der Amitturpartei zu entreißen versuchte. Bis dahin hatte man die Behauptung, daß die großen Städte für die konservativ Partei unwiederbringlich verloren seien, als eine Art Glaubenssatz hingenommen. Die Erfolge, die Stöcker als einer der Führer der Berliner konservativen Bewegung erzielte, brachte diese Behauptung bald ins Wanken. Nur vor jeweils einer der großen Versammlungen besetzt hat, in denen er als Redner auftrat, kann sich ein zureichendes Bild von seiner damaligen Wirksamkeit machen. Was man noch kurz vorher für unmöglich gehalten hatte, war Wirklichkeit geworden. Konservativ Versammlungen wurden nunmehr von Tausenden besucht, und die Begeisterung, welche die Reden Stöckers den Zuhörern entlockte, war mit Worten schwer zu beschreiben. Während anderer Berliner sich bisher nur schüchtern als konservativ zu bezeichnen wagte, weil er den Spott des herrschenden Liberalismus fürchtete, hatte dieser Partei name nunmehr auch in weiteren Kreisen der Berliner Bevölkerung einen guten Klang gewonnen. Im Jahre 1881 erreichte Stöcker politische Tätigkeit in Berlin ihren Höhepunkt. Denn bei den Reichstagswahlen jenes Jahres gelang es ihm, im zweiten Wahlkreise mit seinem Gegner Virchow in die engere Wahl zu kommen. Aber bei der nächsten Reichstagswahl wurde er dem Kartellgedanken geopfert. Zwar gelang es bei dieser dem konservativen Kandidaten in dem Wahlkreise, in dem früher Stöcker aufgestellt worden war, mehr Stimmen als Virchow zu erzielen, aber dieser erhielt dann mit werthvoller Hilfe der Sozialdemokratie die Mehrheit der Stimmen. Bei den letzten Wahlen haben die Konservativen in der Reichshauptstadt nicht einmal einen bescheidenen Achtungserfolg zu erringen vermocht. Sind hiernach die Erfolge, die unter Stöckers Führung oder geistiger Anregung auf dem Gebiete des politischen und kommunalen Kampfes in Berlin erzielt worden sind, bald verblüht, so sind sie dafür um so tiefer im Gedächtnis um so dauerhafter geblieben. Bekannt ist, daß Stöcker im Jahre 1896 von den Konservativen *ge*rennt hat, weil er in völliger Unabhängigkeit besser in seiner zielbewußten Art für seine Ideale kämpfen zu können glaubte. Wie sehr aber auch nach der Trennung die konservativ Partei sich der Schuld ihrer Dankschuld gegen Stöcker bewußt geblieben ist, zeigen folgende Worte, mit dem die „Kreuz-Ztg.“ an seinem 70. Geburtstag sein gleichzeitiges Auscheiden aus dem öffentlichen Leben begleitete: „Dankbaren Herzens erinnern wir uns der Verdienste, die er bis zum Zeitpunkt der Trennung sich um die konservativ Partei erworben hat. Ihm verdammt sie es, daß für der Bild für soziale Bedürfnisse geschärft worden ist und daß sie sich im Rahmen des Erreichbaren an der Herbeiführung sozialer Reformen beteiligt hat. Die gläubigen Kreise der evangelischen Kirche aber werden ihm nie vergessen, was er geleistet hat, um das Entwerden eines glaubenstosen Liberalismus in das Heiligtum unserer Kirche mit Erfolg zu verhindern. Stöcker hat viele Gegner gehabt. Von den liberalen Parteien ist er manchmal mit einem geradezu fanatischen Haß bekämpft worden. Auch in den Reihen derer, die ihm politisch nahe gestanden, hat er oft genug Widerspruch erfahren. Er hat sich eben in der Art seiner Betätigung am öffentlichen Leben als eine Kampfsäule erwiesen. Aber er hat einen guten Kampf geführt.“ Dieses ehrenvolle Zeugnis wird das deutsche Volk dem Heimgegangenen als Grabsteine widmen.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die allgemeine Weisung des Staats des Reichsausschusses des Innern wird fortgesetzt. — *Abg. Art. (Zentr.)* bedauert, daß dem Handwerk noch immer nicht die gebührende Beachtung zu Theil werde. Das Handwerkergeleit von 1897 habe noch viele Mängel. Die Presse ist in sehr von Industrie und Großkapital abhängig, um das Handwerk genügend zu unterstützen. Daß jetzt ein neues Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vorliegt, begrüßte die Handwerker freudig. Aber sie verlangen auch, daß das schon bestehende Gesetz kräftiger durchgeführt werde. Die Arbeitsverhältnisse für die Weichen im Handwerk seien lange nicht so schlimm wie die für die Handwerker und die Industrie. — *Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrath Dr. Richter:* Der Abgeordnete Rubel hat am Sonntag in meiner Abwesenheit die sachliche Redaction angeschlossen. Ich bedaure es nun im Reichstag zu haben, daß ich meine Aufmerksamkeit, um einen biblischen Ausdruck zu gebrauchen, sowohl den Weichen als auch den Handwerker zuwenden. (Weiterkeit.) Ich würde also auch Herrn Rubel zuschicken haben. Dabei will ich aber nicht sagen, zu welcher Kategorie er gehört. Ich lasse die Frage offen. (Weiterkeit.) Ich hatte aber am Sonntag schon sieben Stunden lang geistige Gespräche gehalten und war des trostlichen Tones satt geworden, so daß ich meinen Platz verließ. Ich konnte also Herrn Rubel nicht solert antworten. Ich will mich etwa nicht entschuldigen, das wäre unnützlich; denn auch ein Bundesratsmitglied hat nicht die Pflicht, immer hier anwesend zu sein. Herr Rubel hat sich nun direkt gegen mich gewendet und meine Abwesenheit bedauert. Hossentlich hat er sich nicht geirrt und fehlt heute auch. (Weiterkeit.) Nein, da sint er ja. (Große Weiterkeit.) Er hat also der sächsischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie das Verwaltungsverfahren im Reichstag handhabt. Er hat darauf hingewiesen, daß eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig für eine öffentliche politische Versammlung erklärt wurde, obwohl eine genaue Kontrolle über die Versammlungsteilnehmer ausgeübt wurde. Ich stelle fest, daß dieser Verein 23000 Mitglieder zählt

und über 60 Ortschaften verbreitet ist. Die Organisation ist so groß, daß von einem Verbundensein der Mitglieder, wie das von einem Verein gefordert wird, nicht die Rede sein kann. Wenn man eine solche Versammlung als nicht-öffentliche Versammlung erklären will, so gibt man dem Begriff „Öffentlichkeit“ eine falsche Auslegung. Ich will noch einen besonderen Fall dafür anführen, wie man versucht, unsere Verordnungen zu umgehen. In Sachsen ist an gewissen Tagen das Tanzen verboten. Um nun einem tiefgefühlten Bedürfnisse abzuweichen, bildete sich an einem Orte ein Verein aus Tanzaufhänger, die nur an solchen Tagen, an denen das Tanzen verboten ist, eine sogenannte Sitzung abhalten. Zutritt zu dieser Tanzgesellschaft haben aber alle, Männlein und Weiblein, ohne weiteres, wenn sie sich in eine Liste eintragen und einen einmaligen Mitgliedsbeitrag von, sage und schreibe, zehn Pfennigen leisten. Die Behörde hat den Verordnungen das Bandwert gelegt und das Tanzverbot als öffentlich angesehen. Ebenso war auch die Leipziger sozialdemokratische Versammlung öffentlich. In unbedenklicher Weise hat Herr Rubel auch den Staatssekretär bereitgekössen und ihm den Vorwurf gemacht, er habe die Kommissionsmitglieder irre geführt. Das Gegenteil ist der Fall, er hat sehr viel zur Klärung der Sache beigetragen. Jedenfalls übernimmt aber die sächsische Regierung jede Verantwortung für den Fall in Leipzig, und sie bleibt bei ihrer Auffassung, solange nicht für die Begriffe „Verein“ und „Öffentlichkeit“ andere Merkmale festgestellt werden. Ich weise die Angriffe des Herrn Rubel entschieden zurück. — *Abg. Raumann (freil. Vgl.):* Die Frage des Koalitionsrechts läßt sich heute so stellen: Wo ist der Schutz des Schwächeren im Vergleich zu dem des Stärkeren? Ebenso wie der Schwächere Einzelne geschützt werden muß, ebenso muß auch der schwächere Verband Schutz genießen. Ich erinnere da an die Vorgänge in Oesterreich, das Vorhaben des Geheimrats Uthemann bei den Gewerlichen Erben. Er hat Angestellten, die sich ihre persönliche Freiheit nicht nehmen lassen wollten, gesagt: „Ich was, Freiheit, das ist Phrasen! Wenn Sie nicht anders wollen, sind Sie entlassen!“ Dieser Vorgang geht sogar in der Form über das hinaus, was landesüblich ist. Nachdem nun vor acht Tagen in einer Versammlung des Bundes der Angestellten der Vertreter der Staatsregierung erklärt hat, der Minister werde, nachdem er sich über den Vorgang informiert habe, antworten, erwarten wir nun hier eine Antwort von dem Herrn Staatssekretär. Mit seinen neulichen allgemeinen Betrachtungen zu diese Sache nicht abgemacht. Juristisch mag sich gegen Herrn Uthemann, wenn er so gegen seine Beamten verfährt, nichts machen lassen. Aber die Gewerordnung berechtigt doch die Angestellten in den §§ 152 und 153, sich im Interesse von Vollangestellten zu verabreden, zum gemeinsamen Handeln. In Oesterreich erklärt dieses Koalitionsrecht gleichwohl nicht. Gestattet man den Arbeitern und Angestellten solche Verabredung nicht, so darf man sie ebensowenig den Unternehmern gestatten; es dürfen dann also auch den Unternehmern-Verbanden nicht die schwarzen Listen erlaubt sein. Schwarze Listen, durch die man in Westfalen gleich 5000 Personen von der Arbeit ausschloß! Man suche die Anwendung der schwarzen Listen mit Kontraktbrüchen zu rechtfertigen. Der angebliche Kontrakt ist aber nichts als eine ganz einseitig dekretierte Arbeitsordnung. Die Gewerverwaltung schloß sich ein Untertänigkeitsverhältnis der Arbeiter, sie kontingentierten sich die arbeitenden Personen, ebenso wie das Kohleninstitut die Kohlenproduktion kontingentiert. Am Tiede heiße es: „Der Gott, der Erben wäschen ließ, der wolle keine Knechte“, aber die Großindustriellen wollten Knechte. — *Abg. v. Carmer (f.)* (f.) widerspricht den Angaben Raumanns hinsichtlich der Vorgänge bei Oesterreich. Alles, was in der Presse über den Vorfall geandert habe, auch in dem demokratischen Glaubens, sei falsch. Niemand könne entlassen, hätten aber ihr Gehalt natürlich bekommen bis zum Ablauf der Mündigungszeit, zwei hätten überhaupt schon wegen ungenügender Leistungsfähigkeit auf der Kündigungskasse geandert. Der Generaldirektor habe nicht anders handeln können. Von einer Beschränkung des Koalitionsrechts sei keine Rede. (Sachen links.) Der Bund sei allein schuld. Denn daß sich ein Dritter in das Verhältnis zwischen den Angestellten und der Gesellschaft einmische, könne ich die letztere nicht gefallen lassen. Hossentlich könne bald ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen. (Weil rechts. Sachen links.) — *Abg. Auler (Pole)* erörtert Fragen der Versicherungsreform. Bei der Reform der Krankenversicherung wolle man offenbar wieder nur den Arbeitern Rechte nehmen. Zur Rentenversicherung könne man den Arbeitern keine Beiträge zumuten. Die Parandarbeiter müßten volles Koalitionsrecht erhalten. Redner verurteilt dann unter lebhaften Angriffen auf den Staatssekretär die schwarzen Listen. — *Abg. Rether v. Wamp (Reichs.):* Man sollte endlich mit den schwarzen Listen aufhören, es sei schon genug darüber gesprochen worden; es könnten doch nicht alle Polen darüber reden. (Lehr richtig!) Nicht die Arbeiter sind Schlägen der Unternehmer, vielmehr sind die Arbeitgeber geradezu den Arbeitern ausgeliefert. (Chol bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Beamten beim Patentamt sollte erhöht werden. Beim Reichsamt des Innern können leicht Ersparnisse gemacht werden. Der Staatssekretär sage, er habe ein warmes Herz für die Arbeitgeber. Nun, da möge er es auch betätigen durch Eingehen auf ihre Wünsche. Die schlechte Behandlung und Schikane durch Gewerbebehörden und Reichsbeamte hätte schon manchen Arbeitgeber veranlaßt, daran zu denken, seinen Betrieb ins Ausland zu verlegen. — *Abg. Riesebeck (Wirtsch. Vgl.):* Dem Ausbau des deutschen Handwerkerblates und ebenso der Vornahme einer Mittelstandsenquete stimmen wir zu. Viel nötiger aber ist eine praktische Unterstützung des Mittelstandes. Was nützen die schönsten Submissionsvorschriften, wenn die unteren Behörden sich nicht danach richten? Die Handwerker stehen sich oft schlechter als die Industriearbeiter. In Dresden müßten 300 Handwerker die Armenunterstützung in Anspruch nehmen. (Hört! hört! rechts.) Redner wendet sich weiter gegen die Sozialdemokratie und deren Verheißung. — *Abg. Vahndke (freil. Vgl.)* erklärt, er wolle kurz sein, denn der Reichstag sei schließlich nicht dazu da, Reden zu halten, sondern seine Geschäfte zu erledigen. Auch mit neuen Wünschen wolle er zurückhalten, da das Arbeitspensum des Hauses ohnehin schon überaus groß sei. Redner beantwortet dann eine finanzielle Unterstützung der kommunalen Arbeitsnachweise seitens des Reiches etwa durch Nachtragsetz. Es könnten dafür vielleicht 300000 M. eingestellt werden. Dazu sei das Reich doch wohl bemittelt genug, auch wenn im übrigen Parlament zur Pflicht gemacht sei. — *Abg. Rubel (Zgl.)* erklärt persönlich, die Art, wie Geh. Rat Dr. Richter die Gewaltreiche in Sachen gegen das Verordnungsrecht verteidigt habe, zeige nur, wie fleißig das Bureau der sächsischen Regierung sei. (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieses Ausfalles zur Ordnung.) — Schluß noch 6 Uhr. — Weiterberatung morgen 2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes. Die ersten fünf Paragraphen wurden angenommen. Sämtliche Redner sprachen sich für die Kompromißbeschlässe aus und bedauerten, daß nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Ein Antrag der Polen auf Wegfall der Dinarkezzulage wurde abgelehnt.

Zum Besuch des englischen Königs paares in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Feststraßen in Berlin sind zu bunten, oftmals in Farbenkonfessionen schwebenden Aufzug, wie er diesmal vom Brandenburger Tor bis zur Ruhmeshalle sich darbietet, hat die alte, erinnerungsreiche Zeit triumphal nicht gesehen. Dem Wunsch des Kaisers, daß der Erzhochmisch diesmal recht lebhaft und freundlich gehalten werden möge, ist überall und viel-

fach in reichster Weise und mit bestem Erfolge Rechnung getragen. Zum erstenmal haben neben dem sonst üblichen und zum Teil allein die Kosten des Dekorations bestritten den Tannengrün in großer Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit die bald einfarbigen und dann prächtig wirkenden, bald in reizenden Farbentönen abgeklärten und dann zierlich und lustig amuntenden Papiergirlanden Verwendung gefunden. Die Gasse des Kaiserpaars werden sich gleich am Brandenburger Tore überzeugen können, welche hübsche, welche vortheilhafte, vor allem freundliche, heile und festlich stimmende Wirkungen mit diesem einfachen Mittel — notabene bei sonnigem Wetter — erzielt werden können. Zwischen den hochragenden schlanen Masten, die in zwei Reihen die Tribüne umsäumen, zwischen denen durch den Oberbürgermeister von Berlin die erste Begrüßung des englischen Königs paares stattfinden soll, stehen sich diese bunten Papiergirlanden in gefälligen Bogen hin. Mit ihren zarten, feinen Nuancen kontrastieren sie wirksam gegen das matte Dunkelrot des Stoffes, unter dem sich das nackte Holzgerüst der Tribüne verbirgt. Mit glücklicher Auswahl sind Weiß, Grün und Rosa bevorzugt. So geht es, während ein recht frischer Ostwind durch die Straßen weht und die Schaustafeln rascher vorwärts treibt, wie ein leichtes Frühlingsahnen von diesen lustigen, sich leise im Winde bewegenden Gebilden aus, und die holde Täuschung wird noch vollkommener, wenn das Auge von dem pavillonartigen Bau, unter dessen schützendem Ueberdach der Oberbürgermeister die Würdigen dem Chein des Deutschen Kaisers und seiner hohen Gemahlin den Willkommengruß der Reichshauptstadt entbietet wird, in die Runde schweift, hinweg über die Fassaden der monumentalen Gebäude am Pariser Plage. Auf Grün und Gold scheinen sich auch hier die Befriger und Bewohner geeignet zu haben. Besonders reichhaltigen Schmud tragen das Gebäude der französischen Botschaft, das von dem säulenartigen Vorbau der Aufsicht bis unter den Dachstuhl mit Chrysanthenen durchwirkten Tannengirlanden geschmückt ist, das alte Neberische Palais und das erst vor Jahresfrist neu entstandene Hotel Adlon. Die Straße Unter den Linden hat ihren würdevollen, vornehm-rühmigen Charakter völlig abgesehrt. Die Straße ist in ihrer ganzen gewaltigen Breite ein einziges lebhaft bewegtes Meer von wehenden Fahnen und Wimpeln, buntem Papier, gefällig und anmutig sich wölbenden Girlanden, die das Gröblichkeits, Edliche, Nüchtern des Straßenbildes fast vollkommen verschwinden lassen und in der Gesamtwirkung den Eindruck einer festlichen Stimmung ausströmen. Rings umher nichts als Glanz und Tannenduft, überall flatternde Wimpel, Bewegung, Leben, Festfreude. Für den Einzigen ist, wie immer bei solchen Gelegenheiten, die Mittel-Promenade bestimmt, die sonst in dieser Jahreszeit mit den hohen Bäumen, die ihr schales Geäß gleichsam friedend in die Lüfte reden, einen wenig freundlichen Anblick gewährt. Aber gerade hier ist der Girlanden- und Fahnen-schmud von glücklicher Wirkung: In der Mitte bunterfarbige Girlanden, die sich von Randelüber zu Randelüber quer über den Weg spannen, zu beiden Seiten ein buntes Durchs, Ueber- und Nebeneinander von zahllosen Fahnen und Wimpeln, die alle vorhandenen und hier und da wohl auch nicht vorhandenen Landesfarben zeigen. Das farbenprächtige Bild wird wirksam abgesehrt durch die Fassadendekorationen. Am schönsten macht sich am Ende der Festsstraße das Hotel Bristol, dessen ausgebreitete Front in der ganzen Länge und Höhe mit grünen Goldsträngen und Girlanden geziert worden ist. Unter den öffentlichen Gebäuden ragt ganz besonders das Kultusministerium hervor. Besondere Erwähnung verdienen noch das Bureau der Hamburg-Amerika-Linie, das Haus Reichardt und das Café Bauer. Dann folgen gleichfalls im herrlichen Schmud des Prinsessinnenpalais, das Palais des alten Kaisers und das Kronprinzenpalais. Alle tragen auf Balkonen, Astenen, auf den Säulenbänken und Dachern teils natürlichen, teils künstlichen Schmud in großer Reichhaltigkeit, mit der sich aber vollendeter Geschmack verbindet. Am Overhaus sind die angebauten Treppen durch mächtige Girlanden aus Tannenzweigen und buntem Papier verdeckt. Auch beim Neubau der königlichen Bibliothek und der Universität ist der Schmud nicht vergessen. Den Abschluß endlich bilden die neue Fassade und die Nationalgalerie, deren Säulenbänken mit Tannengewinden und eingewickelten Wimpeln geziert sind. Es ist das Ende der Festsstraße erreicht. Die Kommandantur, die Puppenbrücke, der neue Dom und das Schloß selbst sind ohne Schmud geblieben, aber was vom Brandenburger Tor bis zum Lustgarten geschaffen worden ist, verdient alle Anerkennung und deshalb, weil überall die gute Absicht zutage tritt, dem König von England zu beweisen, daß man auch in der Hauptstadt des Deutschen Reiches Pflichten der Gastlichkeit kennt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Um die Arbeiterkraft von der Teilnahme am Einzuge des Königs Eduard abzuhalten, sind morgen mittag in Groß-Berlin 13 öffentliche politische Versammlungen einberufen, in denen die Frage der Arbeitslosen und das Verhalten der Kommunen behandelt werden soll.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt halbamtlich: „Wir werden in den nächsten Tagen die Kunde haben, Ihre Majestäten den König und die Königin von England als Gäste am Berliner Hofe willkommen zu sehen. Wir heißen König Eduard und seine erlauchte Gemahlin herzlich willkommen und wünschen dem hohen Anwesenenden unseres Kaisers, dem Souverän des britischen Weltreiches in Berlin von Herzen die Gott-freudenschaft zu erwirken, die im November 1907 das deutsche Kaiserpaar auf englischem Boden gefunden hat. Auch für die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem englischen Volke versprechen wir uns Gutes von dieser Zusammenkunft. Die Ausgebungen freundschaftlicher Gesinnung und freundschaftlicher Zuneigung, zu denen der Besuch willkommenen Anlaß gibt, werden eine neue Ermunterung für alle sein, die in Deutschland und in England bemüht sind, einer Entfremdung zwischen den beiden Reichen entgegen zu wirken und die deutsch-englischen Beziehungen in sichere Bahnen zu lenken. Mehr als je werden sich die Freunde eines guten Einvernehmens diesesits und jenseits des Kanals überzeugen, daß aus dem persönlichen Verhältnis der Monarchen ihren Beziehungen keine Schwierigkeiten erwachsen. Freilich wird es noch unverdrossener Aufklärungsarbeit bedürfen, um das Ziel zu erreichen, das in der Sicherung einer auf gegenseitiger Berücksichtigung begründeten Freundschaft zwischen den beiden großen Kultur-völkern vorgezeichnet ist. Aber auf dem Wege dorthin möge der Besuch des britischen Königs paares und der Empfang den Deutschland Ihren Majestäten bereitet, einen Fortschritt bringen. In diesem Sinne wünschen wir den kommenden Festtagen einen ungetrübten Verlauf und eine lange, glänzige Nachwirkung.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Möln. Ztg.“ schreibt an leitender Stelle bezüglich der politischen Seite der Monarchenbegangung: „Jede vermutende oder voraussetzende Erörterung dieser Frage wäre zwecklos, sie könnte nur verwirrend wirken; auch aus der Begleitung Hardinges dürften keine bestimmten Beschlässe gezogen werden. Sie entspräch der mehrjährigen, auch bei seinen Erholungsreisen seltenehaltene Geselligkeit des englischen Monarchen.“ Bezüglich des gegenwärtigen Verhältnisses beider Staaten erklärt die „Möln. Ztg.“: „Gegen festeingewurzelte politische Vorurteile und Vorurteilungen können wir von jeder ein Kampf nahezu vergeblich gewesen; ein aber kann und muß die öffentliche Meinung haben wie drüben trotz allem sich sagen, daß es ebenso gegen den gesunden Menschenverstand wie gegen den alten Ton des gegenseitigen Verkehrs verstiht, die Regierung der anderen Nation, mit der das eigene Land im Augenblick jedenfalls die friedlichen Beziehungen unterhält, ohne weiteres eines Verhaltens für fähig zu erachten, das man der eigenen Regierung jemals antrauen sich schämen würde. Wenn beide Völker diese Regel beherzigen und sich weiter reich